

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

3. November 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 27.10.14 stürmten Taliban ein Gerichtsgebäude in der nordostafghanischen Stadt Kunduz und töteten sechs Staatsanwälte, einen Polizisten sowie einen Zivilisten. Zwei Polizisten und vier Staatsanwälte wurden verletzt. In der nordostafghanischen Provinz Badakhshan starben 19 Aufständische und vier Polizisten bei Gefechten. Im Distrikt Ghorak der südlichen Provinz Kandahar begann eine größere Offensive gegen Aufständische.

Am 28.10.14 kamen bei Zusammenstößen in der südöstlichen Provinz Ghazni drei Aufständische und zwei Zivilisten um. Ein Mitglied der Afghan Local Police (ALP) wurde verletzt. Im Distrikt Bagram der Provinz Parwan (Zentralafghanistan) erlitt ein NATO-Soldat bei einem Selbstmordanschlag Verletzungen.

Am 29.10.14 wurden bei Kämpfen im Distrikt Warduj der nordöstlichen Provinz Badakhshan 15 Aufständische getötet, darunter Kämpfer aus Tschetschenien und Usbekistan. Durch einen Luftangriff in der südöstlichen Provinz Paktika starben ein Dutzend Aufständische.

Am 30.10.14 wurden bei Vorfällen im südlichen Kandahar und in der zentralafghanischen Provinz Maidan Wardak sechs Aufständische und zwei Frauen getötet sowie ein Dutzend Menschen verletzt. Im nördlichen Faryab wurden zwei Menschen erschossen, darunter ein Mitarbeiter der lokalen Schulbehörde; drei Grenzpolizisten erlitten Verletzungen.

Am 31.10.14 wurden mindestens zehn Zivilisten bei einer Bombenexplosion in Mehtarlam, der Hauptstadt der zentralafghanischen Provinz Laghman, verletzt. Bei Zusammenstößen zwischen zwei bewaffneten Gruppen im Distrikt Pashtunkot der nördlichen Provinz Faryab starben vier Zivilisten und fünf wurden verletzt.

Am 01.11.14 tötete ein Selbstmordattentäter in der zentralafghanischen Provinz Logar sechs Polizisten und vier Soldaten, mindestens 20 Zivilisten wurden verletzt. Nördlich der Hauptstadt Kabul verfehlte eine von Taliban abgefeuerte Rakete einen US-Stützpunkt und traf das Gefängnis in Bagram. Mindestens 26 Häftlinge wurden verletzt. In der südlichen Provinz Kandahar erschoss ein Unbekannter den stellvertretenden Gouverneur während einer Vorlesung an der Universität Kandahar.

Nach Schätzungen des US-Militärs wurden in diesem Jahr bisher 7.000 bis 9.000 afghanische Polizisten und Soldaten getötet oder verwundet.

Binnenflüchtlinge

Nach Angaben des UNHCR stieg die Zahl der intern Vertriebenen im September um 33.240 auf 755.011 Personen. Als wichtigste Fluchtauslöser wurden bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Regierungsgegnern und den afghanischen Sicherheitskräften sowie Belästigungen und Einschüchterungen durch Aufständische genannt. Weitere Gründe waren Militäroperationen der Sicherheitskräfte, allgemeine Unsicherheit, stammesinterne Dispute, bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen von Regierungsgegnern und Bombardierungen von jenseits der pakistanischen Grenze. Die meisten Flüchtlinge nahm die Provinz Kabul auf (11.722 Personen). Fluchtbewegungen gab es aus bzw. innerhalb folgender Provinzen: Kabul, Maidan Wardak, Logar, Kapisa, Parwan (Zentralafghanistan), Kunduz (Nordosten), Nuristan, Laghman, Nangarhar, Kunar (Osten), Ghazni (Südosten), Helmand (Süden), Farah, Badghis (Westen).

Freiwillige Rückkehrer

In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 kehrten 13.845 afghanische Flüchtlinge freiwillig mit Unterstützung des UNHCR in ihr Heimatland zurück. Dies sind 59 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjah-

res. Der größte Teil der Rückkehrer (9.918 Personen, 71,6 %) kam aus Pakistan, 3.734 (27 %) aus Iran, die übrigen aus Indien, Tadschikistan, Russland, Kasachstan, Aserbeidschan und der Ukraine.

Abschiebungen von Afghanen aus Iran und Pakistan

Nach UN-Angaben wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 aus Iran 153.191 nicht als Flüchtlinge registrierte Personen nach Afghanistan abgeschoben. Dies waren 4 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. 98 % der Abgeschobenen waren junge Männer, die sich illegal in Iran aufhielten, um Arbeit zu suchen. Im selben Zeitraum schob Pakistan 6.388 Personen ab, 34 % mehr als im Vorjahr. Auch hierbei handelte es sich fast ausschließlich um Männer.

Pakistan

Sicherheitslage

Bei einem erneuten Grenzzwischenfall in Kaschmir wurde am 28.10.14 ein Zivilist getötet. Seit dem 06.10.14 kamen bisher mindestens 20 Zivilisten ums Leben. Tausende auf beiden Seiten der „Line of Control“, die den pakistanisch verwalteten Teil Kaschmirs vom indischen trennt, haben ihre Wohnorte verlassen.

Bei der seit Mitte Juni andauernden Offensive in der Stammesregion Nord-Waziristan sollen nach Angaben der pakistanischen Armee 1.150 Extremisten getötet worden sein. In der Stammesregion Khyber verstärkte die Armee eine vor zwei Wochen begonnene Offensive gegen die Taliban. Dabei seien am 29.10.14 acht Soldaten und 21 Taliban getötet worden. Seit dem 13.10.14 seien mehr als 171.000 Menschen aus der Region Khyber in die Städte Peshawar und Kohat geflohen.

In Süd-Waziristan wurden bei einem US-Drohnenangriff am 30.10.14 mindestens sieben Personen getötet, darunter Abdullah Haqqani, ein Kommandant des Haqqani Netzwerks, der Selbstmordanschläge in Afghanistan angeordnet haben soll. Am 02.11.14 starben bei einem Selbstmordattentat auf der pakistanischen Seite des Grenzübergangs Wagah zwischen dem indischen Amritsar und der pakistanischen Stadt Lahore mindestens 45 Menschen.

Irak

Entwicklung der Lage

Im Oktober 2014 kamen nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 1.797 Zivilpersonen um. Die UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) nannte für Oktober 856 getötete und 1.490 verletzte Zivilpersonen sowie 417 getötete und 520 verletzte Angehörige der Sicherheitskräfte. Am stärksten betroffen war Bagdad mit 1.362 zivilen Opfern (379 Tote, 983 Verletzte), gefolgt von Salahaddin (167 Tote, 204 Verletzte), Diyala (100 Tote, 174 Verletzte), Ninive (87 Tote, 9 Verletzte), Babil (61 Tote, 29 Verletzte), Kirkuk (16 Tote, 47 Verletzte) und Karbala (17 Tote, 40 Verletzte). Diese Angaben enthalten nicht die Opferzahlen in der Provinz Anbar.

Laut Pressemeldung vom 01.11.14 haben die kurdischen Peshmerga in der Provinz Ninive eine neue Offensive gestartet, um die Stadt Sinjar aus der Gewalt des IS zu befreien. Der IS soll dabei nicht näher bezifferte Verluste erlitten haben.

Massenhinrichtungen in der Provinz Anbar

Am 30.10.14 wurden verschiedenen Pressemeldungen zufolge in der Provinz Anbar zwischen 150 und 220 Leichen entdeckt. Bei den Toten soll es sich um Angehörige des sunnitischen Albu-Nimr-Stammes handeln. Der Stamm gehöre zu den Verbündeten der irakischen Regierung.

In der Nacht zum 02.11.14 seien 40 Männer, sechs Frauen und vier Kinder getötet worden. Einer irakischen Pressemeldung zufolge habe es sich um 67 Opfer gehandelt.

Bereits am 29.10.14 sollen Kämpfer des IS in der Provinz Anbar mindestens 30 Männer, einer anderen Quelle zufolge mindestens 48 Männer, des Albu Nimr Stammes hingerichtet haben.

Kämpfer des IS hielten noch etwa 125 Mitglieder des Stammes als Geiseln fest.

Bombenanschläge in Bagdad

In Bagdad und Umgebung sind bei mehreren Bombenanschlägen am 01.11.14 mindestens 24 Menschen getötet worden. Eine Bombe explodierte in der Nähe eines Zeltens in dem sich schiitische Pilger aufhielten. Derzeit sind hunderttausende Pilger unterwegs nach Karbala, um an den Feierlichkeiten zum Ashura-Fest teilzunehmen, dessen Höhepunkt am 04.11.14 ist.

Selbstmordanschlag nahe Jurf al-Sakhar

Am 27.10.14 wurden bei einem Selbstmordanschlag nahe Jurf al-Sakhar mindestens 27 schiitische Gegner der Terrormiliz IS getötet.

Iran

UN kritisieren Zunahme von Hinrichtungen und Einschränkung der Menschenrechte

Die UN haben sich am 27.10.14 besorgt über die stetig steigende Zahl von Hinrichtungen und die Verschlechterung der Menschenrechtslage in Iran geäußert. Seit der Wahl des gemäßigten Präsidenten Hassan Rohani im Juni 2013 seien demnach 852 Menschen hingerichtet worden, darunter acht Minderjährige. Kritisiert wurde überdies die Einschränkung der Pressefreiheit. Demnach seien derzeit 35 Journalisten inhaftiert, mindestens 300 Menschen seien zudem wegen ihres Glaubens in Haft, darunter 120 Mitglieder der Baha'i. Es wird erwartet, dass die UN-Generalversammlung im November über einen kanadischen Resolutionsentwurf abstimmt, in dem die Verletzung der Menschenrechte in Iran verurteilt wird.

Parlament lehnt dritten Ministerkandidaten von Präsident Rohani ab

Das von ultra-konservativen Politikern dominierte Parlament (Majlis) hat am 29.10.14 den dritten Kandidaten Präsident Hassan Rohanis für das Amt des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Hochschulen mit 160 zu 79 Stimmen abgelehnt. Die Parlamentsentscheidung zeigt, welche Schwierigkeiten Rohani bei der Umsetzung seiner im Wahlkampf angekündigten Reformen hat. Die Position dieses Ministers hat ein besonderes politisches Gewicht, weil das Ministerium auch die ideologische Richtung für die Universitäten vorgibt, von denen schon mehrfach Demokratiebewegungen und Proteste gegen die konservative Führung initiiert wurden.

Haftstrafe für Iranerin wegen versuchten Ansehens eines Volleyballspiels

Die 25-jährige Iranerin mit britischem Pass, Ghontsheh Ghawami, ist von einem Gericht in Teheran zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Sie hatte versucht, mit Freundinnen ein Volleyballspiel anzusehen. Frauen ist jedoch die Teilnahme an Sportveranstaltungen mit Männern streng verboten. Amnesty International und das britische Außenministerium sprachen von einem „erschreckenden Urteil“ und forderten die sofortige Freilassung.

Jemen

Al-Houthi-Rebellen weiten Einflussgebiet im Süden aus

Einen Tag nach ihrem am 28.10.14 angekündigten Abzug aus der Hauptstadt Sanaa haben die al-Houthi-Rebellen im Süden Jemens neue Eroberungen gemacht. So hätten die Houthis die seit Tagen umkämpfte Stadt Radma in der Provinz Ibb erobert, berichtete ein lokaler sunnitische Stammeskämpfer am 29.10.14 der dpa. Die schiitischen al-Houthis kämpfen für mehr Einfluss im überwiegend sunnitisch geprägten Jemen. Seit Mitte September kontrollieren sie die Hauptstadt Sanaa und vor zwei Wochen haben sie einen Vormarsch in den Süden begonnen. Al-Qaida-Terroristen (Al Qaida auf der Arabischen Halbinsel, AQAP) und sunnitische Stämme stellen sich den Houthis entgegen. Die schweren Kämpfe verlagerten sich auf die süd-jemenitische Provinz al-Bayda. Bei Zusammenstößen in der Stadt Radaa seien seit dem 29.10.14 27 Houthis getötet worden, berichtete die jemenitische Nachrichtenseite „Al-Masdar Online“ am 30.10.14 unter Berufung auf Stammeskämpfer. Aufseiten der Stammesanhänger habe es drei Tote gegeben.

Regierungsbildung zwischen Schiiten und Sunniten beschlossen

Die schiitischen al-Houthi-Rebellen und ihre sunnitischen Gegner haben sich auf die Bildung einer gemeinsamen sogenannten Technokraten-Regierung geeinigt, um die schwere Krise zu beenden.

Wie von offizieller Seite verlautete, unterzeichneten beide Seiten am 01.11.14 im Beisein eines UNO-Gesandten in Sanaa ein entsprechendes Abkommen. Mit dieser Vereinbarung werden Präsident Mansour Hadi und Regierungschef Khaled Bahah mit der Bildung einer „fähigen Regierung“ beauftragt. Außerdem versprechen die Konfliktparteien, das Kabinett zu unterstützen.

Syrien

Jabhat al-Nusra erobert Stützpunkte moderater Rebellen in der Provinz Idlib

Mit Unterstützung von Kämpfern des IS nahm die Jabhat al-Nusra, ein Ableger von al-Qaida, am 01.11.14 das Hauptquartier der „Syrischen Revolutionären Front“ und am 02.11.14 die Hochburg der „Hazm-Bewegung“ in der Provinz Idlib ein. Beide Gruppierungen sind Bündnisse aus kleineren Gruppen, die sich in diesem Jahr gebildet hatten und über moderne panzerbrechende Raketen verfügten, die wohl von den USA geliefert worden waren. Dem Anführer der Revolutionären Front, Jamal Maaruf, wird vorgeworfen, Warlord und opportunistischer Kriegsgewinnler zu sein. Er soll sich nun vor einem Scharia-Gericht verantworten müssen. Mit diesen Eroberungen hat Jabhat al-Nusra die moderaten Rebellen, die mit den USA zusammenarbeiten, zwischen Aleppo und Hama weitgehend ausgeschaltet.

Unterstützung in Kobane eingetroffen

Am 31.10.14 trafen zur Unterstützung der kurdischen Verteidiger 150 Peschmerga aus dem Nordirak mit schweren Waffen in Kobane (Ain al-Arab) ein. Die Freie Syrische Armee (FSA) sandte 200 Kämpfer. Unter Führung der USA wurden die Luftangriffe auf IS-Stellungen fortgesetzt.

Syrien/Libanon

Internationale Flüchtlingskonferenz in Berlin

Zum Abschluss einer internationalen Flüchtlingskonferenz in Berlin erklärte Bundesaußenminister Steinmeier am 28.10.14, dass Deutschland wegen des anhaltenden Flüchtlingsstroms aus Syrien für 2015 - 2017 500 Millionen Euro für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in Nachbarländern Syriens zur Verfügung stellt. In den letzten Jahren sollen – je nach Schätzung – zwischen drei und fünf Millionen Syrer aus ihrem Heimatland geflohen sein, vor allem nach Jordanien, in die Türkei und den Libanon. Der starke Zustrom an Flüchtlingen führte in diesen Ländern zu Reibungen und sozialen Spannungen. Auch andere Staaten sollen dazu veranlasst werden, sich maßgeblich an der Syrien-Hilfe zu beteiligen.

Für die Jahre 2012 bis 2014 belaufen sich die Leistungen Deutschlands an syrische Nachbarstaaten auf 630 Millionen Euro. Hinzu kommen 2014 über 140 Millionen Euro speziell für Winterhilfe.

Westjordanland/Israel

Vermeehrt gewalttätige Zwischenfälle in Ostjerusalem

Fast täglich kommt es in arabischen Vierteln wie Silwan, Beit Hanina oder Abu Tor zu Zusammenstößen zwischen Steine und Brandbomben werfenden Palästinensern und israelischen Polizisten. Experten befürchten mittlerweile eine „Dritte Intifada“ der Palästinenser gegen Israel. Der Beginn der Unruhen reicht Monate zurück und wurde im Juli und August durch den 50-tägigen Gazakrieg überdeckt. Für massiven Unmut sorgt aktuell die Bewilligung der Planung von 1.060 Wohnungen in Ost-Jerusalem durch Premier Benjamin Netanjahu am 27.10.14. Es handelt sich um den Bau von 400 Wohnungen in der Siedlung Har Homa im Süden sowie von 660 Wohnungen in Ramat Shlomo im Norden Ostjerusalems. Mit dem politisch brisanten Thema beschäftigte sich der UN-Sicherheitsrat am 29.10.14 auf einer von Jordanien beantragten Dringlichkeitssitzung. Weitere schwere Krawalle begannen am 30.10.14, nachdem israelische Polizisten einen mutmaßlich palästinensischen Attentäter in Jerusalem erschossen hatten und nach der zeitweiligen Abriegelung des Tempelbergs.

Türkei

Unterstützung für Kobane

Am 01.11.14 demonstrierten zahlreiche Kurden, um ihre Unterstützung für die Verteidiger von Kobane zu zeigen. An der größten Demonstration in Diyarbakir nahmen laut der Nachrichtenagentur Dogan 15.000 Menschen friedlich teil. In Istanbul demonstrierten rund tausend Menschen in der Nähe des zentralen Taksim-Platzes.

Tunesien

Ergebnis der Parlamentswahlen

Nach dem am 30.10.14 verkündeten amtlichen Endergebnis der Wahlkommission hat die säkulare Partei Nidaa Tounis die Wahl gewonnen und damit das Mandat zur Regierungsbildung erlangt. Sie erhält 85 von 217 Sitzen. Zweitstärkste Partei mit 69 Sitzen ist die bislang regierende islamische Ennahda-Partei, die ihre Wahlniederlage eingeräumt hat. Drittstärkste Partei wurde die Freie Patriotische Union mit 16 Sitzen, gefolgt von der Populären Front mit 15 Sitzen und der liberalen Partei Afek Tounis mit acht Sitzen. Die verbleibenden 24 Sitze verteilen sich auf mehrere Splitterparteien. Die Partei Nidaa Tounis will eigenen Angaben zufolge nicht mit der islamischen Ennahda-Partei koalieren und stattdessen Gespräche mit den kleineren Parteien führen, um die Mehrheit von 109 Sitzen zu erreichen.

Westafrika/Ebola

Ebola-Lagefortschreibung

Nach WHO-Angaben vom 29.10.14 ging die Zahl der gemeldeten Ebola-Neuinfektionen in Liberia erstmals um rund 25 % im Vergleich zur Vorwoche zurück. Die liberianische Regierung prüft die Zahlen noch, um Fehlinterpretationen auszuschließen.

Der neu ernannte EU-Koordinator gegen die Ebola-Epidemie, Stylianides, stellte am 27.10.14 in Brüssel einen Aktionsplan im Kampf gegen Ebola vor. Demnach müsse die Zahl der Krankenhausbetten schnell von derzeit 1.000 auf 5.000 erhöht werden. Da pro Patient acht Helfer benötigt würden, betrage der Personalbedarf mindestens 40.000. Die Kapazitäten des neu gegründeten Zentrums für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) sollen genutzt werden, um die Mobilisierung von Helfern zu beschleunigen.

Einreisebeschränkungen

Australien stellte am 27.10.14 die Vergabe von Visa an Bürger ein, die aus den von Ebola betroffenen Staaten Sierra Leone, Liberia und Guinea stammen. Die Einreise wird nur noch Personen mit einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung gewährt. Diese müssen zuvor in eine 21-tägige Quarantäne. Personen, die vor dem 27.10.14 ein Visum erhalten haben, aber noch nicht eingereist sind, werden nicht ins Land gelassen.

Am 31.10.14 teilte Kanada mit, dass Personen aus Ebola-Ländern nicht einreisen dürfen.

Nordkorea hat am 30.10.14 seine Einreisebestimmungen dahingehend verschärft, dass Ausländer unabhängig vom Herkunftsland 21 Tage unter Quarantäne gestellt werden. Einreisende aus den Ebola-Gebieten werden in einem Hotel medizinisch beobachtet.

Niger

Mehrere Anschläge in Tillabéry

Bei mehreren gleichzeitigen Anschlägen in der westnigrischen Region Tillabéry nahe der Grenze zu Mali wurden am 30.10.14 mindestens zwölf Menschen, darunter neun Mitglieder der Sicherheitskräfte, getötet. Zeitgleich wurde ein Angriff auf ein nahes Gefängnis in Ouallam verübt, in dessen Folge dutzenden Insassen die Flucht gelungen war. Ein weiterer Angriff erfolgte auf ein malisches Flüchtlingscamp in der Region.

Mali

Französischer Anti-Terror-Einsatz

Bei Gefechten zwischen französischen Einheiten und rund 30 islamistischen Kämpfern der AQMI in den nordmalischen Tigharghar-Bergen in der Nacht zum 29.10.14 wurde ein französischer Fallschirmjäger getötet und zwei verletzt. Damit stieg die Zahl der getöteten französischen Soldaten seit Januar 2013 auf zehn. Die französische Operation in der Bergregion, die als Rückzugsgebiet der Islamisten gilt, wurde in Reaktion auf das Wiedereinsickern der Islamisten und vermehrte Anschläge gegen MINUSMA gestartet.

Nigeria

Boko Haram dementiert Waffenruhe und baldige Freilassung der Chibok-Mädchen

In einem am 31.10.14 veröffentlichten Video dementierte Abubakar Shekau, der Anführer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram, eine von der nigerianischen Regierung am 17.10.14 verkündete Waffenruhe. Er erklärte, dass er einen Danladi Adamu, den angeblichen Unterhändler der Boko Haram, mit dem Vertreter der Regierung die Waffenruhe ausgehandelt haben, nicht kenne. Shekau schloss auch eine Freilassung der im April 2014 in der nordostnigerianischen Stadt Chibok entführten über 200 Schulmädchen aus. Die Mädchen seien längst verheiratet und es führe in diesem Krieg kein Weg zurück.

Bombenanschlag der Boko Haram auf Busbahnhof

Am 31.10.14 detonierten gegen 9:30 Uhr in der Stadt Gombe (Hauptstadt des gleichnamigen nordöstlichen Bundesstaates) auf dem Busbahnhof der staatlichen „Gombe Line“ mehrere Bomben. Etwa 30 Menschen wurden bei dem der Boko Haram zugeschriebenen Anschlag getötet.

Zweitgrößte Stadt in Adamawa von Boko Haram eingenommen

Am 29.10.14 eroberten Kämpfer der Boko Haram die Universitätsstadt Mubi, die mit rund 100.000 Einwohnern zweitgrößte Stadt des nordöstlichen Bundesstaates Adamawa. Laut Augenzeugenberichten soll Boko Haram mehreren Personen die Hand abgehackt haben, die Besitz von geflohenen Bewohnern stahlen.

Burkina Faso

Machtübernahme des Militärs

Am Mittag des 31.10.14 trat Präsident Compaoré nach gewaltsamen Demonstrationen der Bevölkerung gegen seine geplante Amtszeitverlängerung zurück und floh am 01.11.14 in die benachbarte Republik Elfenbeinküste. Compaoré war 1987 durch einen Putsch an die Macht gelangt. Laut Angaben der Opposition wurden bei den Protesten 30 Menschen getötet; die Nachrichtenagentur AFP konnte nur vier Todesopfer bestätigen.

Nachdem sich am Nachmittag des 31.10.14 zunächst Generalstabschef Honoré Traoré zum neuen Präsidenten ausgerufen hatte, erklärte sich in der Nacht zum 01.11.14 in einer Rundfunkansprache der Vizekommandeur der Präsidialgarde, Oberstleutnant Yacouba Isaac Zida, zum Chef einer Übergangsregierung. Ferner gab er die Aussetzung der Verfassung bekannt und kündigte Wahlen innerhalb von drei Monaten an. Der Machtkampf an der Spitze des Militärs wurde am 01.11.14 mit einer von Traoré verkündeten Erklärung beendet, wonach die Militärführung einstimmig beschlossen habe, dass Zida nunmehr Übergangspräsident sei. In der Hauptstadt Ougadougou protestierten seit dem frühen Morgen des 02.11.14 auf dem zentralen „Platz der Nation“ Tausende gegen die Machtübernahme des Militärs. Laut Verfassung wäre nach dem Rücktritt von Compaoré das Amt des Staatsoberhauptes auf den Präsidenten des Senats übergegangen. Die Armee löste die Demonstration am Nachmittag mit Tränengasgranaten sowie Schüssen in die Luft auf und besetzte die Sendezentrale des staatlichen Radio- und Fernsehsenders RTB. Mindestens ein Demonstrant wurde getötet. Am Abend des 02.11.14 erklärte ein Sprecher des Militärs – nach einem Treffen der Militärführung mit führenden Vertretern der Opposition, darunter Zéphirin Diabré als Führer der größten Oppositionsfraktion im Parlament –, dass ein „Übergangsgremium“ einberufen werde, um die Neuordnung des Landes im „breiten Konsens“ zu organisieren.

Kosovo

Regierungsbildung blockiert

Fünf Monate nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 08.06.14 hat Kosovo weder eine neue Regierung noch hat das Parlament seine Arbeit aufgenommen. Die Demokratische Partei (PDK) von Ministerpräsident Hashim Thaci gewann zwar die Parlamentswahl, verfügt aber über keine tragfähige Mehrheit im Parlament mehr und ist durch eine Koalition der bisherigen Oppositionsparteien, die ihrerseits eine Regierung bilden wollen, in die Minderheit geraten. (vgl. BN v. 16.06.14; 28.07.14)

Am 01.10.14 hat das Parlament zum dritten Mal erfolglos versucht, einen Parlamentspräsidenten zu wählen. Das Urteil des Verfassungsgerichts, nachdem nur die Siegerpartei den Parlamentspräsidenten stellen darf, führt zu einer Pattsituation: Die Opposition (obwohl die Parlamentsmehrheit) kann ohne die PDK als größte Fraktion nichts unternehmen, aber auch die PDK kann ohne mehrheitsfähigen Partner keine Regierung bilden. Die PDK fordert Neuwahlen. Die Opposition ist dagegen. Medienangaben zufolge soll die internationale Gemeinschaft Kosovo aufgefordert haben, bis spätestens 08.11.14 eine Lösung zu finden.

Ukraine

Separatisten siegen bei Wahlen in der Ostukraine - EU erkennt Wahlen nicht an

Aus den von den Separatisten organisierten Wahlen am 02.11.14 in der Ostukraine ist Rebellenkommandeur Alexander Sachartschenko wie erwartet als Sieger hervorgegangen. Der Regierungschef der von Separatisten ausgerufenen „Volksrepublik Donezk“ erhielt den Nachwahlbefragungen vom Wahlabend zufolge mehr als 81 % der Stimmen. In der benachbarten und ebenfalls nicht anerkannten „Volksrepublik Lugansk“ gewann der „Amtsinhaber“ Igor Plotnizki. Im Laufe des 03.11.14 sollen die Endergebnisse bekannt gegeben werden. Bei der ukrainischen Staatsführung stieß die Wahl auf scharfe Kritik. Präsident Petro Poroschenko sprach von einer Farce. Auch die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sagte, die Wahlen seien illegal und behinderten den Friedensprozess. Die Europäische Union werde die Wahlen nicht anerkennen. Russland erkannte die Wahlen an. Man werde den Willen des Volkes im Osten der Ukraine respektieren, erklärte das Außenministerium.

Die Rebellen wollen mit den Wahlen ihre Unabhängigkeit von der prowestlichen Regierung in Kiew demonstrieren und ihre Macht festigen. Internationale Wahlbeobachter waren bei den Abstimmungen nicht zugegen. Bei der Abstimmung traten nur prorussische Kräfte an, ukrainische waren nicht zugelassen.

Armenien/Aserbaidshan

Verhandlungen über den Berg-Karabach-Konflikt

Bei einem Gipfeltreffen in Paris am 24.10.14 ist nach Lösungen für den Berg-Karabach-Konflikt zwischen Aserbaidshan und Armenien gesucht worden. Frankreichs Staatschef Francois Hollande traf im Elysee-Palast zunächst den aserbaidshanischen Präsidenten Ilham Alijew zu einem Gespräch. Im Anschluss beriet er sich mit dessen armenischem Kollegen Sersch Sarkissjan, bevor es am Abend ein Dreier-Treffen gab.

Hintergrund

Armenische Separatisten hatten in den 1990er Jahren – unterstützt von der armenischen Regierung – die Kontrolle über die Region Berg-Karabach übernommen, in der mehrheitlich Armenier leben. Der Konflikt kostete rund 30.000 Menschen das Leben. 1994 wurde ein Waffenstillstand vereinbart, ein Friedensvertrag kam bis heute nicht zustande. Es kommt immer wieder zu Zwischenfällen. Beim größten der vergangenen Jahre wurden im August 2014 auf beiden Seiten insgesamt mehr als 20 Soldaten getötet.

Völkerrechtlich gilt Berg-Karabach weiter als Teil von Aserbaidshan. Dieses droht regelmäßig, die Region zurückzuerobern, sollte es auf dem Verhandlungsweg keine Lösung geben.

Indien

„Hexe“ getötet

Wegen des Verdachts auf Hexerei hat eine Familie im indischen Bundesstaat Chhattisgarh eine 55-jährige Verwandte gefoltert und zu Tode geprügelt. Nach Angaben der Polizei hätten die Angehörigen das Opfer beschuldigt, den Sohn des Schwagers verhext und damit dessen Erkrankung bewirkt zu haben. Insgesamt wurden zwölf Personen festgenommen.

Laut eines Berichtes des UNHCR werden in Indien jedes Jahr über 100 vermeintliche Hexen Opfer von tätlichen Angriffen, Anfeindungen oder öffentlichen Demütigungen. Obwohl es immer wieder zu Festnahmen kommt, würden weniger als ein Prozent der Angeklagten tatsächlich verurteilt. Bei den Hexenjagden spielten oft Erbschaften oder sozialer Neid eine Rolle.

Bangladesch

Vorsitzender der Jamaat-e-Islami zum Tode verurteilt

Matiur Rahman Nizami, der Vorsitzende der Jamaat-e-Islami, der größten islamistischen Partei in Bangladesch, wurde am 29.10.14 zum Tode verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, während des Unabhängigkeitskrieges mit Pakistan im Jahr 1971 als Anführer einer Miliz an Völkermord, Mord, Folter, Vergewaltigung und anderen Verbrechen maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Die Verteidigung kündigte Revision an. Die Jamaat-e-Islami rief zu einem landesweiten Generalstreik auf.

Myanmar

Gespräche zwischen Regierung, Militär und Opposition

Vertreter von Regierung, Militär und Opposition trafen am 31.10.14 in der Hauptstadt Nay Pyi Taw erstmals zu gemeinsamen Gesprächen zusammen. Neben Präsident Thein Sein sprachen u.a. Parlamentssprecher Shwe Mann und der Oberbefehlshaber des Militärs Min Aung Hlaing sowie Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi (National League for Democracy – NLD) und Vertreter weiterer Parteien über zentrale Themen wie die laufenden Friedensverhandlungen mit den ethnischen Rebellengruppen, politische Reformen und Vertrauen bildende Maßnahmen sowie Verfassungsänderungen. Man verständigte sich darauf, Verfassungsänderungen im Parlament beraten zu lassen. Weitere Ergebnisse wurden nicht bekannt. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden.

Die NLD fordert u.a. die Abschaffung des Artikels 436 der Verfassung, der es dem Militär über die von ihm beanspruchten 25 Prozent der Parlamentssitze ermöglicht, jede Verfassungsänderung zu verhindern. Ebenso drängt sie auf eine Streichung des Artikels 59 (F), der Aung San Suu Kyi eine Kandidatur für das Präsidentenamt 2015 unmöglich macht, da sie zwei Söhne mit ausländischer Staatsangehörigkeit hat.

Proteste gegen mutmaßliche Übergriffe des Militärs

Bereits am 30.09.14 nahm das Militär im Mon State den Reporter Aung Kyaw (auch: Par Gyi) in Gewahrsam, weil es ihn des Kontakts zu Rebellen der ethnischen Gruppe der Karen verdächtigte. Nach Militärangaben wurde er am 04.10.14 bei einem Fluchtversuch erschossen. Der erst am 23.10.14 bekannt gewordene Vorfall wurde auch international kritisiert. Von der Polizei nicht genehmigte Demonstrationen in der vergangenen Woche gegen das Vorgehen des Militärs führten zu Anklagen gegen einige der insgesamt mehrere Hundert Teilnehmer.

Mehr als 120 nationale und ausländische Nichtregierungsorganisationen forderten am 28.10.14 die Regierung auf, den Fall einer im Jahr 2011 mutmaßlich im Gewahrsam des Militärs umgekommenen Angehörigen der ethnischen Gruppe der Kachin namens Sumlut Roi Ja aufzuklären. Soldaten sollen sie entführt, vergewaltigt und ermordet haben.